II-10114 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Wien, am 27. Mai 1993

DVR: 0000060

Zl. 1155.22/120-I.2/93

4561/AB
1993-06-14
zu 4631/J

Parlamentarische Anfrage von
Abg. Dr. HAIDER; Aussagen slowen.
Politiker zum österr. Staatsvertrag

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 WIEN

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. HAIDER und Kollegen haben am 16. April 1993 unter der Nr. 4631/J-NR/1993 eine schriftliche Anfrage an mich gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1) Sind Ihnen bzw. der Österreichischen Botschaft in Laibach die in der Einleitung zitierten Aussagen des früheren Außenministers der Republik Slowenien bekannt?
   a) Wenn ja, wie beurteilen Sie diese?
   b) Wenn nein, werden Sie eine diesbezügliche Klärung veranlassen?
2) Sind Ihnen bzw. der österreichischen Vertretungsbehörde weitere derartige oder ähnliche Aussagen, die führende slowenische Politiker in der Öffentlichkeit getätigt haben, bekannt?
3) Was wird mit solchen Äußerungen seitens der Republik Slowenien bezweckt, bzw. was wollen Slowenien oder einzelne slowenische Parteien Ihrer Auffassung nach damit erreichen?
4) Dimitrij RUPEL spricht davon, daß es "einige Möglichkeiten gibt, daß Slowenien hier doch Bedingungen stellt". Welche derartigen Möglichkeiten bestehen bzw. welche Möglichkeiten könnten Ihrer Auffassung nach relevant sein?
5) Wurden von slowenischer Seite diesbezüglich Bedingungen angedeutet, formuliert oder bereits gestellt?
   a) Wenn ja, welche und von wem?
   b) Wenn nein, erwarten Sie solche?

6) Wurde seitens slowenischer Vertreter ein Zusammenhang mit der Rechtsnachfolge in den österreichischen Staatsvertrag und der slowenischen Minderheit in Österreich hergestellt? Wenn ja, in welcher Form?

7) Vor kurzem erfolgte ein Besuch des neuen slowenischen Außenministers Lojze PETERLE in Österreich, wobei dieser, wie aus den Medien zu entnehmen war, Verbesserungswünsche für die slowenische Volksgruppe in Österreich vorbrachte. Wurde in den Gesprächen mit dem slowenischen Außenminister auch die Rolle der Altösterreicher deutscher Muttersprache in Slowenien thematisiert?

a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

b) Wenn nein, welche Schritte werden Sie unternehmen, damit die Altösterreicher deutscher Muttersprache in Slowenien ehestmöglich als Volksgruppe anerkannt werden?

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1): Die Aussagen die der ehemalige slowenische Außenminister und seit 25. Jänner 1993 in Opposition stehende Abgeordnete der slowenischen Staatskammer, Dr. Dimitrij RUPEL, in einem am 30. Jänner d.J. der Marburger Tageszeitung Vecer gegebenen Interview machte, waren weder mir noch der Österreichischen Botschaft in Laibach bekannt. Die Aussagen eines ehemaligen Außenministers können nicht als offizielle Stellungnahme des betreffenden Staates gewertet werden.

Zu 2): Die Österreichische Botschaft Laibach hat über eine öffentliche Aussage des slowenischen Außenministers Lojze PETERLE zum Thema Staatsvertrag berichtet. Dieser hat in einem der Zeitschrift Vecer gegenüber gegebenen Interview am 28. Jänner d.J. die "Nachfolge in den österreichischen Staatsvertrag" als eine der Prioritäten der slowenischen Außenpolitik bezeichnet. In einer späteren, am 12. Februar d.J. aus Anlaß des Zusammentreffens mit Minderheitenvertretern aus Österreich, Italien und Ungarn gegebenen Presseerklärung äußerte sich Außenminister PETERLE dahingehend, daß es "mit

Bezug auf den österreichischen Staatsvertrag unterschiedliche Expertenmeinungen über die Nachfolge gebe und man entscheiden müsse, wie man die Frage auf dem Rechtswege lösen werde".

Zu 3): Der Wunsch Sloweniens auf Nachfolge in den Staatsvertrag ist mir bekannt. Er entspringt der Sorge der slowenischen Regierung, für die in Österreich lebende slowenische Minderheit die Rechte aus der zwischenstaatlichen rechtlichen Verankerung der Minderheitenschutzbestimmungen im österreichischen Staatsvertrag zu wahren. Es wurde der slowenischen Seite wiederholt dargelegt, daß eine Rechtsnachfolge in den Staatsvertrag nicht möglich ist. Slowenien hat dazu keinen Einwand erhoben.

Zu 4): Ich kann und will über die einer Zeitung gegenüber gemachten Äußerungen Dr. RUPELs keine Mutmaßungen anstellen. Die österreichisch-slowenischen Beziehungen sind ausgezeichnet. Sowohl Dr. RUPEL als auch der derzeitige slowenische Außenminister, Lojze PETERLE, haben darauf hingewiesen, daß es im österreichisch-slowenischen Verhältnis keine Fragen gebe, die nicht mittels freundschaftlichen Dialoges zu lösen wären.

Zu 5): Von slowenischer Seite wurden diesbezüglich keine "Bedingungen" angedeutet, formuliert oder bereits gestellt.

Zu 6): Wie bereits unter Punkt 3) mitgeteilt, resultiert der slowenische Wunsch betreffend Nachfolge in den Staatsvertrag aus dem Bestreben Sloweniens die Rechte aus der zwischenstaatlichen rechtlichen Verankerung der Minderheitenschutzbestimmungen im österreichischen Staatsvertrag zu wahren.

Zu 7): In den Gesprächen mit Außenminister Lojze PETERLE vom 12. März d.J. wurde meinerseits der Wunsch nach Anerkennung einer deutschsprachigen Volksgruppe (es handelt sich dabei um die in Slowenien verbliebenen Altösterreicher deutscher Muttersprache) vorgebracht. Es wurde vereinbart, als ersten Schritt so rasch wie möglich eine bilaterale Expertenkommission

einzusetzen, deren Aufgabe es ist, Recherchen über den derzeitigen Umfang der deutschsprachigen Volksgruppe zu führen. Nach Vorliegen dieser Arbeiten können weiterreichende Schlußfolgerungen gezogen werden.

Der Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten: